

11 PUNKTE

DAMIT DIE IG METALL WIEDER GEWINNEN KANN

Deutschland geht ins dritte Rezessionsjahr. Überall wird mit Stellenabbau gedroht oder dieser umgesetzt. Die IG Metall ist die Organisation, mit der Kolleginnen und Kollegen für die Verteidigung der Interessen kämpfen. Das funktioniert jedoch nicht, wenn die IGM „Sozialpartnerschaft“ und Co-Management zur Grundlage ihres Handelns macht.

Das wird am Beispiel VW deutlich: Lohnverzicht, immense Steigerung der Produktivität auf dem Rücken der Beschäftigten bis hin zur Arbeitszeitverlängerung für einen Teil – und gleichzeitig, trotz aller Opfer: der größte Job-Kahlschlag seit Jahrzehnten.

PUNKT 1:

EHRlichkeit GEGENÜBER DEN MITGLIEDERN

Vor der letzten Metall-Tarifrunde 2024 argumentierte der Vorstand der IG Metall, dass 7% Lohnerhöhung nötig sind und dass die Unternehmen sie zahlen können. Beim Tarifabschluss hieß es dann, dass 2 oder 3% ein gutes Ergebnis sind. Bei VW hat die IG Metall-Tarifkommission unterschrieben, dass bis 2030 35.000 Arbeitsplätze „sozialverträglich“ vernichtet werden.

Es wird immer deutlicher, dass dies nicht das „Weihnachtswunder von Hannover“ ist, wie von der IGM-Spitze beschrieben. Diese Unehrllichkeit schwächt die gewerkschaftliche Kampfkraft. Vor allem wäre mit mehr als kurzen Warnstreiks viel mehr drin gewesen.

PUNKT 2:

DIE KONZERNE SIND DIE GEGNER, NICHT ANDERE BESCHÄFTIGTE

Wer Arbeitsplätze vernichtet und wer Löhne drückt, ist nicht unser Partner, sondern unser Gegner. Mit Gegnern kämpft man. Die Konzerne, egal ob deutsch, amerikanisch oder chinesisch, spielen ihre Belegschaften gegeneinander aus und erpressen sie. Wir brauchen internationale Solidarität dagegen und dürfen da nicht mitmachen. Eine „Standortsicherung“ mit Lohnverzicht und Arbeitsverdichtung geht auf die Knochen der Beschäftigten und heizt gleichzeitig den Konkurrenzkampf an, weil deutsche Autos wieder günstiger werden. Stoppen wir diesen Wettlauf der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Ein radikaler Kurswechsel in der IG Metall ist nötig: Statt fauler Kompromisse braucht es konsequenten Kampf durch Streiks und werks-, unternehmens- und branchenübergreifende Mobilisierungen. Gegen die Pläne der Bosse, die Kolleginnen und Kollegen für ihre Krise zahlen zu lassen, hilft nur eins – gemeinsam kämpfen!

Vertrauensleute und Mitglieder sollten überall intensiv über eine Kampfstrategie diskutieren. Dafür bringen wir hiermit ein alternatives 11-Punkte-Programm in die Debatte und bieten den Kolleginnen und Kollegen das Gespräch darüber an.

PUNKT 3:

NEIN ZUR SPALTUNG VON BELEGSCHAFTEN, TARIFVERTRÄGE MÜSSEN FÜR ALLE GELTEN

Keine Vereinbarungen mehr auf Kosten anderer Belegschaften, sondern gemeinsamer Kampf für die Verteidigung aller Arbeitsplätze und für gleiche Arbeitsbedingungen. Keine Vereinbarungen auf Kosten von Zulieferern, Werkvertrags- oder Leihbeschäftigten. Keine Zustimmung zu Ausgliederungen und Tariffucht. Es sollte die gesammelte Kampfkraft der IG Metall in die Tarifrunden eingebracht werden. Für die Rückkehr zum Prinzip der Flächentarifverträge.

PUNKT 4:

TRANSPARENTE UND DEMOKRATISCHE VERHANDLUNGEN UND VERTRÄGE

Alle Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen müssen öffentlich zugänglich sein, auch für andere Belegschaften. Demokratisierung der Gremien auf allen Ebenen, angefangen bei VL-Vollversammlungen statt Entscheidungen durch die VK-Leitung. Urabstimmungen der Mitglieder statt „alternativlose“ Entscheidungen der Leitungsebenen. Jedes Mitglied muss das Recht haben, für Tarifkommissionen und Vorstandspositionen zu kandidieren. Alle sollten das Rede- und Veröffentlichungsrecht haben.

PUNKT 5:

WER MIT VERLAGERUNG ODER BETRIEBS-SCHLISSUNG DROHT, GEHÖRT ENTEIGNET

Wer Werke oder Teile der Produktion verlagern will, gehört entschädigungslos enteignet. Die Betriebe sollen unter Kontrolle der Beschäftigten weitergeführt, die Produktion auf sinnvolle Produkte umgestellt werden.

PUNKT 6:

KEINE SUBVENTIONEN FÜR ARBEITSPLATZ-ZERSTÖRER

Statt Milliarden öffentlicher Gelder an Konzerne zu geben, die sich damit im internationalen Konkurrenzkampf aufstellen und gleichzeitig Löhne senken und Arbeitsplätze vernichten oder verlagern, sollten unsere Steuergelder zur Anschubfinanzierung für enteignete und von Belegschaften demokratisch geführte Betriebe verwendet werden. Es sind umfassende öffentliche Investitionen nötig, um z.B. die Betriebe klimagerecht umzubauen und ein gutes Verkehrssystem zu schaffen. Verschwenden wir sie nicht an die Aktionäre!

PUNKT 7:

GEMEINSAM MIT DER UMWELTBEWEGUNG FÜR KLIMAGERECHTE PRODUKTE

Seitens der Kapitalverbände, CSU/CDU, FDP und der AfD wird die Klimabewegung als Gegner der Beschäftigten in der Automobilindustrie dargestellt. Es wird behauptet, eine Konversion von der Auto-Produktion zu klimagerechten Produkten zum Beispiel für den ÖPNV sei „nicht umsetzbar“ oder „zu kompliziert“. Dabei bereiten die Konzerne gerade eine für die Zukunft der Menschheit äußerst negative Konversion vor: vom Auto zum Panzer. Die Konzernbosse klagen nicht darüber, dass dies technisch schwierig sei, der Prozess hat begonnen und läuft fast geräuschlos ab. Technisch möglich wäre vieles, auch die Konversion der Autoindustrie hin zu umweltverträglichen Produkten, dafür sollte sich die IGM einsetzen, im Bündnis mit der Klimabewegung.

PUNKT 8:

NEIN ZU KRIEGSTREIBEREI UND „STAATSRÄSON“

Die IG Metall muss eindeutig gegen Krieg und Aufrüstung Stellung beziehen statt mit Vertreter*innen der Rüstungsindustrie, Wirtschaftslobbyisten von SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen Werbung für die deutsche Rüstung zu betreiben. Aufrüstung und Militarismus werden finanziert durch die unfreiwilligen „Opfer“ der arbeitenden Klasse – durch Sozialkürzungen und fehlende

Investitionen für Bildung, Gesundheit und bezahlbares Wohnen. Die kommende Generation der Kolleg*innen wird auf den Wehrdienst vorbereitet, mit der Illusion, Aufrüstung und Kriege würden Kriege verhindern oder man könnte heute noch „siegreich“ sein. In Gaza und Libanon sterben unsere Klassenschwestern und -brüder durch Waffen, die auch Deutschland an die israelische Armee geliefert hat. Die arbeitende Klasse braucht keine „Staatsräson“, sondern die internationale Solidarität gegen Krieg und Unterdrückung.

PUNKT 9:

KOMPROMISSE? NACH DEM KAMPF!

Die neue unionsgeführte Regierung wird die Kosten für ihre Aufrüstung auf die arbeitende Klasse abwälzen. Sie weigert sich die Reichen höher zu besteuern. Das Bürgergeld soll gekürzt werden, auch Rente, Lohnfortzahlung und weitere Sozialleistungen sind in Gefahr. Die Regierung wird versuchen, die demokratischen Rechte einzuschränken. Die Gewerkschaften können dabei nicht „neutral“ sein, sie gehören in die erste Linie der Opposition gegen diese Politik für das Kapital, insbesondere die IGM als potenziell mächtigste Gewerkschaft.

PUNKT 10:

KOMPROMISSE? NACH DEM KAMPF!

Kompromisse gibt es am Ende eines Kampfes, nicht am Anfang. Die IGM hat in der Tarifrunde MuE und bei VW nicht versucht zu kämpfen. Daher bleibt die Frage offen, was durch einen Streik möglich gewesen wäre. Solch ein Vorgehen führt zur Schwächung der Kampfkraft. Ein Kompromiss am Ende eines Kampfes hat einen anderen Stellenwert und ist mit anderen Erfahrungen verbunden, als wenn man gar nicht erst gekämpft hat.

PUNKT 11:

SELBST MACHEN!

Wir müssen aufhören, auf die Vorstände, Gewerkschafts-Sekretär*/innen und Betriebsratsvorsitzenden zu vertrauen. Wir brauchen Bewegung an der Basis und eigene Meinungen. Nicht schimpfen oder ärgern, sondern gemeinsam diskutieren und handeln.

EINE NIEDERLAGE FÜR DIE GANZE KLASSE

Die vom Vorstand verkündeten Maximalziele - Schließung von drei Werken, betriebsbedingte Kündigungen, Senkung des Monatsentgelts um 10-20% - wurden mit der Vereinbarung vom 20. Dezember abgewendet. Doch dieses „Weihnachtswunder von Hannover“ ist nur die taktische Oberfläche - strategisch haben die Verantwortlichen von IGM und Betriebsrat eine Niederlage organisiert.

Der VW-Betriebsrat nennt es „solidarisch erwirkter Erhalt aller Standorte samt Zukunftsperspektiven“. Man könnte auch sagen: Die Kolleg*innen bezahlen selbst dafür, dass sie nicht betriebsbedingt gekündigt, sondern dass bis 2030 35.000 Arbeitsplätze „sozialverträglich“ vernichtet werden. Nach Angaben des Vorstandes werden die Arbeitskosten jährlich um 1,5 Milliarden Euro gesenkt, Verringerung und Verlagerung der Produktion bringen weitere 2,5 Milliarden Ersparnis.

2023 hat VW 18 Milliarden Euro Nettogewinn gemacht, 4,5 Milliarden wurden an die Anteilseigner*innen ausgeschüttet, allein 2 Milliarden an die Porsche-Piëch-Familie. Der Konzern verfügt über 147 Milliarden Euro Gewinnrücklagen. Auch 2024 war profitabel, in den ersten drei Quartalen wurde ein Gewinn nach Steuern von 9 Milliarden Euro erreicht.



Die 5,1% Entgelt-Erhöhung aus der Tarifrunde Metall-Elektro wurde zwar übernommen. Doch sie wird sechs Jahre lang nicht ausgezahlt und geht in einen Topf zur „Beschäftigungssicherung“. Dazu kommt die Streichung von Urlaubsgeld und Mai-Bonus, die ab 2026 schrittweise wieder eingeführt werden. In einem Betriebsrats-Info wird vorgerechnet, dass Kolleg*innen mit einer Entgeltstufe 8 (in der Produktion) in 2026 einen Verlust von knapp 3800 Euro auf den bisherigen Lohn berechnet hinnehmen – monatlich 315 Euro weniger als bisher.

Die Arbeitszeit wird für 40% der Belegschaft von 34 auf 35 Stunden verlängert (für die seit 2005 Eingestellten galten schon längere Arbeitszeiten), dafür gibt es einen teilweisen Lohnausgleich. Im Werk Wolfsburg wird die Vernichtung von Arbeitsplätzen ergänzt durch verpflichtende Mehrarbeit an Samstagen und Sonntagen - eine profitable Kombination von Lohnraub und verlängerten Arbeitszeiten.

Mit dem Abschluss sind keineswegs alle Werke gesichert. 2027 ist Schluss mit Autoproduktion in Osna-brück. Die Produktion in der „Gläsernen Manufaktur“ in Dresden - bisher 6000 Autos jährlich - wird Ende 2025 definitiv eingestellt. Auch das Werk in Zwickau (Sachsen) ist gefährdet.

Die IGM bezeichnete die Pläne des VW-Vorstandes als „Horrorzenario“, das verhindert werden konnte. Dass mit diesem Szenario möglicherweise „Entsetzen“ (= Horror) erzeugt werden sollte, um alle weniger schlimmen Szenarien als erträglich und eher akzeptabel erscheinen zu lassen, verschweigt sie.

Diese Niederlage der IG Metall bringt sie auf den tiefsten Punkt ihrer Geschichte. Sie hat an ihrer stärksten Bastion den schlimmsten Angriff seit Jahrzehnten zugelassen. Sie hat ihn nicht wirklich bekämpft, sondern „mitgestaltet“. Dass Lohnverzicht und Arbeitsplatzvernichtung durch die Unterschrift der IGM kampflos erreicht wurden, ermutigt die Bosse im ganzen Land. Diese Lehre verbreiten die Konzernchefs und ihre politischen Vertreter*innen bereits, unter anderem bei Daimler und Audi.

ALTERNATIVEN FÜR DIE AUTOINDUSTRIE

Die Autoindustrie muss sich umstellen. Doch E-Mobilität allein wird langfristig weder Arbeitsplätze noch das Klima retten, sondern höchstens die Profite der Konzerne. Dabei brauchen wir dringend die Expertise der Beschäftigten, um die notwendige wirkliche Verkehrswende umzusetzen. Nicht die Bosse, die nur ihre Profitinteressen im Blick haben, sondern gewählte Vertreter*innen aus Betrieben, Gewerkschaften und der Klimabewegung sollen darüber entscheiden, was produziert werden soll. Könnten in den Werkshallen von VW, Ford und anderen nicht statt E-SUV E-Busse, Bahnen und Fahrzeuge für Car-Sharing-Modelle produziert werden?

- **Wir schlagen vor, eine Vernetzung aus Beschäftigten, Wissenschaftler*innen, Verkehrs- und Klima-Initiativen zu bilden, um Vorschläge zum Umbau von VW, Ford und der gesamten Autoindustrie zu sammeln und zu sichten.**

Wenn wegen Überkapazitäten weniger Arbeitskräfte benötigt werden, muss die verbleibende Arbeit auf alle Beschäftigten verteilt werden, ohne Lohnverlust – eine Forderung, für die die IG Metall in der Vergangenheit gekämpft hat.

- **Wir schlagen vor: Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich.**

Damit eine gesellschaftlich sinnvolle Produktion mit guten Jobs für alle möglich ist, müssen die Konzerne der Automobilindustrie in öffentliches Eigentum überführt werden. Die Produktion muss demokratisch organisiert und kontrolliert werden, durch Vertreter*innen der Belegschaft und der Gewerkschaften.

- **Enteignung und Überführung der Konzerne in Gemeineigentum, unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und der gesamten Gesellschaft.**

Konzerne wie VW und Ford haben Rekordgewinne eingefahren, bis heute. Gleichzeitig sind sie mitverantwortlich für den Klimawandel und seine Folgen für uns alle. Sie sollen zahlen für die Verkehrswende und die dafür benötigte Infrastruktur.

- **Umfassende staatliche Investitionen in den klimagerechten Umbau der Verkehrsinfrastruktur, finanziert durch höhere Besteuerung der Reichen und die Gewinne der Autokonzerne.**

DIE VERNETZUNG FÜR KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFTEN

STELLT SICH VOR:

Wir, die abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentner*innen, sollen für die Krise bezahlen: mit verschlechterter Daseinsvorsorge, Sozialabbau und Reallohnverlusten. Weder werden die systemischen Mängel – etwa in der Gesundheitsversorgung – behoben, noch werden die Reichen und Superreichen zur Kasse gebeten.

Angesichts dieser Lage wäre es oberste Pflicht der Gewerkschaften, durch konsequent geführte Tarifikämpfe mindestens den Lebensstandard zu sichern. Um dem Klimawandel entgegenzuwirken, muss die Industrie umgebaut werden. Statt aber die Konversion für klimaneutrale, gesellschaftlich nützliche Produkte und die Sicherung der Arbeitsplätze zum Ziel zu erklären, engagieren sich die Industriegewerkschaften für eine „sozialverträgliche“ Begleitung der laufenden und am Profit orientierten Transformation. Ihre Richtschnur ist mehr denn je der Sachzwang und das Standortinteresse des (Export-)Kapitals.

Mit dem bislang herrschenden Kurs des Co-Managements und der Konfliktvermeidung kann gegen das Kapital und die Politik der Regierung keine Gegenmacht aufgebaut werden. Leidtragende sind die abhängig Beschäftigten – nicht nur in der Automobilindustrie. Ein

zentrales Element unserer strategischen Orientierung ist die Überzeugung, dass die Gewerkschaften wieder einen Kampf für eine kollektive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich angehen müssen.

Kontakt & Infos

Die VGK (Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften) organisiert bundesweit und vor Ort kritische Kolleg*innen. Die VGK entwickelt inhaltliche Alternativen zu Anpassung und Co-Management und will Strukturen befördern, die Kämpfe von der Basis aus ermöglichen. Wir setzen uns für Debatten in gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen, VL-Strukturen und Betriebsrats-Gremien ein.

Du willst den Kurs der IGM und der anderen DGB-Gewerkschaften verändern? Dann melde dich bei uns!

E-MAIL: INFO@VERNETZUNG.ORG

WWW.VERNETZUNG.ORG

